

An das
Landratsamt Ansbach
Crailsheimstraße 1
91522 Ansbach



BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Kreistagsfraktion Landkreis
Ansbach

kreistagsfraktion@gruene-ansbach.de

Datum: 26.02.2021

Haushaltsrede/Kommentar der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag des Landkreises Ansbach zum Haushaltsentwurf 2021

Sehr geehrter Herr Landrat, geehrte Mitarbeiter*innen der Verwaltung, verehrte Mitglieder des Kreistages, geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

leider hat uns die Corona-Krise jetzt auch die Möglichkeit genommen, über den Haushalt 2021 im gewählten Gremium unseres Landkreises Ansbach in der gewohnten Intensität zu sprechen und zu diskutieren. Das Corona-Jahr hat bereits die Arbeit in den Ausschüssen sehr beschränkt und so auch bei uns im Landkreis Ansbach zu einer Dominanz der Exekutive geführt, die es baldmöglichst wieder in die angebrachten demokratischen Formen zurückzuführen gilt.

Wir ersetzen heute die klassischen direkten Stellungnahmen der Fraktionen durch schriftliche Kommentare - eigentlich schade, sind Haushaltsreden in normalen Zeiten doch der Augenblick, in denen politische Parteien zusammenfassend und eloquent über ihre Ansprüche, Pläne und Gegensätze reflektieren. Zeiten, in denen die Frage nach der Zukunft gestellt wird. Der uns heute vorliegende Haushaltsentwurf ist solide und ließe sicher jede Kämmerei beruhigt auf ihre Arbeit blicken. An dieser Stelle sollte man es nicht versäumen, unserer Kreiskämmerin Frau Schmidt und ihren Mitarbeiter*innen für den Entwurf und die Geduld bei dessen Erläuterung zu danken. Wir, die wir die Verantwortung im Kreistag tragen, sind aber keine Finanzverwaltungsangestellten, wir sind die gewählten Vertreter*innen der Menschen im Landkreis Ansbach und entsprechend nicht nur der kameralistischen Solidität, sondern auch der Zukunftsentwicklung verpflichtet. Als Politiker*innen haben wir eine Aufgabe übernommen, die über das Verwalten hinausgeht. Unsere Verantwortung ist es zu gestalten! Genau hier setzt unsere Kritik an diesem uns vorliegenden Haushaltsentwurf an.

In der generellen Einordnung muss man feststellen, dass diesem der Wille zur Gestaltung der Zukunft fehlt. Dieser Etat adressiert weder ernsthaft das Thema des Klimawandels, der Energiewende, des grassierenden Flächenverbrauchs, des sozialen und demografischen Wandels, eines nachhaltigkeitsorientierten Strukturwandels noch einer herausfordernden Mobilitätswende. Kosmetisch werden einige dieser Aspekte

zwar angesprochen, bereits bei zurückhaltender Betrachtung wird aber offenkundig, dass es hier am Mut zu energischem Handeln fehlt. Das Argument, wir tun doch etwas, ist angesichts der anstehenden Probleme zu wenig und sich darauf auszuruhen, was man in der Vergangenheit schon getan hat, reflektiert eine mangelhafte Wahrnehmung der enormen Herausforderungen der Zukunft. Es ist ein wenig so, als ob man mit 180 Stundenkilometern auf ein sichtbares Stauende zurast und dabei den Mitfahrenden gebetsmühlenartig erklärt, was für ein sicherer Fahrer man in der Vergangenheit war. Wir scheitern absehbar bereits an den Vorgaben des bayerischen Klimagesetzes vom Herbst 2020, mit dem sich die Staatsregierung das Ziel setzt, die Verwaltung bis zum Jahr 2030 klimaneutral auszurichten. Es ist offensichtlich, dass die Energiekosten in den nächsten Jahren weiter rasant ansteigen werden, gleichzeitig ist in der momentanen Null-Zins-Phase die Kreditsituation für den Landkreis günstig. Im Sinne nachhaltigen und zukunftsorientierten Wirtschaftens wäre gerade jetzt ein mutigeres Investieren in die Zukunft rentierlich und nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll.

Es reicht nicht, sich Biodiversität in schick gemachten Videos auf die Fahnen zu schreiben, die dann wohlfeil im Wind der allgemeinen Aufmerksamkeit segeln. Die biologische Vielfalt ist nicht nur im bundesdeutschen Durchschnitt, sondern auch bei uns im Landkreis Ansbach in den letzten Jahren stark bedroht. Um dieser Herausforderung zu begegnen, brauchen wir einen gesamtgesellschaftlichen Wandel, der motiviert und angeführt wird vom politischen Willen der regionalen und überregionalen Entscheidungsträger. Dazu braucht die Politik allerdings starke Partner. Der neugegründete „Artenlandkreis Ansbach“ könnte hier erster und wichtiger Einstieg in eine effektive Vernetzungsstruktur unterschiedlicher dem Natur- und Artenschutz verbundener Gruppen sein. Leider fehlen aber auf der Online-Plattform des Artenlandkreises noch immer Hinweise auf erfahrene und aktive Gruppierungen wie den Bund Naturschutz, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, den Biolandverband sowie das Netzwerk blühende Landschaften. Und es kann den naturverbundenen Bürger ggf. schon irritieren, wenn man dem Link des natürlich bereits präsenten "Bayerischen Bauernverbands" folgt und zuallererst auf einen Bericht über Demonstrationen gegen das Aktionsprogramm Insektenschutz stößt. Wer mit Steuergeld Plattformen zur Vernetzung von Ansprechpartnern im Natur- und Umweltschutz aufsetzt, sollte diese auch für alle Akteure öffnen und nicht nur genehme Partner hofieren. Es sei noch einmal daran erinnert, das Volksbegehren „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern“ von 2019 war das bisher erfolgreichste Plebiszit in der Geschichte des Freistaats. Ein solcher Ausdruck des Volkswillens verlangt auch eine breite, offene, differenzierte und ergebnisorientierte Diskussion. Dass der BBV zudem fortwährend bei der Zuweisung der freiwilligen Mittel des Kreistages für die Landwirtschaft einseitig begünstigt wird, während man z.B. die ABL bewusst ausgrenzt, ist mehr als nur ein Ärgernis.

Dieser Haushalt adressiert über die bereits angesprochenen Fragen hinaus weitere ökologische Themen, wie z.B. den im Landkreis Ansbach noch immer grassierenden Flächenverbrauch oder das Thema Müllvermeidung, nicht. Unser Landkreis steht seit Jahren an der Spitze beim Flächenfraß in Bayern. Dies ist Ausdruck einer verfehlten Politik, die auf ungehemmten Landverbrauch als Allheilmittel der zukünftigen ökonomischen Entwicklung setzt. Symbolhafter Ausdruck hierfür ist die nun jahrzehntelang anhaltende Unterstützung des InterFranken-Projektes durch die Landkreisspitzen und ihre Fraktionen. Dieses mehrfach gescheiterte Projekt spaltet

nicht nur eine ganze Region, es wurde zudem in der Vergangenheit wie auch aktuell auf fragwürdige Weise durch das Landratsamt gesponsert und nur so am Leben erhalten. Dass nun der Landkreis nach schriftlich vorliegender Aussage der Autobahndirektion Nord sogar als Vorhabensträger für eine 12,5 Millionen Euro teure InterFranken-Autobahnausfahrt auftritt, ohne dass darüber auch nur ansatzweise in den Gremien diskutiert wurde, entspricht einem politischen Skandal, den es noch aufzuarbeiten gilt. Die daraus zukünftig entstehenden Risiken für den Kreishaushalt sind noch völlig unbekannt. Es sei daran erinnert, dass erst vor Kurzem der Landkreis auf eine knappe halbe Million Euro verzichten musste, da eine Vereinbarung zur AN4neu nachträglich zugunsten des Zweckverbands angepasst wurde. Als der entsprechende Vertrag in der Vergangenheit geschlossen wurde, hieß es ebenfalls, es würde kein finanzielles Risiko für den Landkreis entstehen.

Auch in der Frage weiterer Müllvermeidung kommen wir nicht voran. Obwohl im Kreislaufwirtschaftsgesetz die Müllvermeidung an erster Stelle steht, bleiben hier entsprechende Initiativen aus oder werden abgeblockt. Das Pro-Kopf-Aufkommen an Haushaltsabfällen liegt statistisch gesehen bei 457 Kilogramm im Jahr. Würde somit jeder Landkreisbürger nur ein Kilogramm Müll pro Jahr einsparen, wären dies 184.000 Kilogramm Müll weniger, etwa das Gewicht von 122 Mittelklasse-Pkws. Anreize zur Müllvermeidung zu setzen, muss erste Priorität vor Entsorgungsstrategien haben! Die gute Arbeit des Sachgebiets Abfallwirtschaft sollte deshalb deutlich stärker unterstützt werden.

Der Erhalt der wohnortnahen medizinischen Versorgung ist uns als Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen eine Herzensangelegenheit. Deshalb stehen wir zu unseren drei Krankenhäusern in Ansbach, Dinkelsbühl und Rothenburg o.T. Die Anstrengungen zur Konsolidierung der schwierigen Haushaltslage von ANregiomed wurden durch die Corona-Pandemie zurückgeworfen, gleichzeitig wirkt sich die vom Bund verursachte Unterfinanzierung der Krankenhäuser zunehmend dramatisch aus. Nichtsdestotrotz ist auch ein ansteigender Trägerausgleich im zweistelligen Millionenbereich hinzunehmen, um die Häuser als funktionale Hospitäler zu erhalten. Wir müssen langfristig akzeptieren, dass Versorgung kosten wird und nicht Wirtschaftlichkeit um jeden Preis das Ziel sein kann. Daneben müssen alle politisch möglichen Hebel genutzt werden, um das Krankenhausfinanzierungsgesetz so abzuändern, dass regionale Daseinsvorsorge und nicht nur Gewinnorientierung zentrales Anliegen ist. Es ist weiterhin darauf zu achten, dass zukünftige Anstrengungen, den Kostendruck zu reduzieren, nicht durch schlechtere Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter oder eine problematische Reduktion der Leistungen an Standorten erkaufte werden. Das bestehende Imageproblem von ANregiomed ist nur durch eine transparente, auf Qualität der Versorgung vor Ort ausgerichtete Politik zu meistern. Gleiches gilt für unsere vom Kreis getragenen Seniorenheime in Feuchtwangen und Wassertrüdingen sowie die ambulanten Pflegedienste. Im Rahmen der Möglichkeiten und oft darüber hinaus wird auch dort sehr gute Arbeit geleistet. Dennoch wird uns der demografische Wandel vor enorme Aufgaben stellen, wie uns bei der aktuellen Fortschreibung des seniorenpolitischen Gesamtkonzepts für den Landkreis vor Augen geführt wurde. Wenn wir zusammen für unsere Region die enormen Herausforderungen für diesen Bereich angehen wollen, dann müssen wir uns bereits heute den Fragen von morgen stellen, insbesondere denen um die Betreuung der größer werdenden Zahl von Patient*innen mit Demenzerkrankungen und dem dramatisch zunehmenden Fachkräftemangel.

Vorsorge für zukünftige Pandemien muss uns ferner bereits heute beschäftigen. Wir können uns bei derartigen Problemen in der Zukunft, vor denen viele Experten bereits warnen, nicht mehr auf die Singularität des Ereignisses berufen.

Im Bereich Straße und Verkehr bleibt der Erhalt unseres 600 Kilometer langen Kreisstraßennetzes eine Herausforderung, die angenommen werden muss. Der Grundsatz „Erhalt vor Neubau“ hat dabei für uns Priorität. Auch unser Landkreis muss endlich die Weichen für eine Verkehrswende stellen. Entsprechend gilt für uns weiter, dass Straßenneubau auf ein absolut notwendiges Minimum reduziert werden muss und den ungezügelten Forderungen nach Umgehungsstraßen ein Riegel vorzuschieben ist. Maßnahmen wie in Feuchtwangen (AN 64), die Umgehung von Merkendorf (B13), die Zerstörung der Mutschach durch die B25-Ortsumfahrung bei Dinkelsbühl lehnen wir ab. Den sechsspurigen Ausbau der A6 begleiten wir kritisch. Dass daneben der InterFranken-Zubringer AN 4 neu immer noch im Kreisstraßenneubauprogramm steht, ist nur noch peinlich.

Unser Ziel ist es, den öffentlichen Nahverkehr im Landkreis mit dem Rückgrat Schiene mittelfristig immer weiter funktional auszubauen. Dazu muss insbesondere das S-Bahn-Angebot kontinuierlich verbessert werden, die lokalen Bahnhöfe gilt es zu modernen Mobilitätsdrehscheiben aufzuwerten - Orte, an denen Zug, Bus und Individualverkehr ineinandergreifend organisiert werden. Die Reaktivierung der Bahnstrecke Dombühl – Nördlingen und des dazugehörigen Ringschlusses von Nördlingen nach Gunzenhausen gilt es endlich voranzubringen.

Jobcenter, Sozialhilfeverwaltung, Asylverwaltung und Jugendhilfe arbeiten weitgehend störungsfrei, was insbesondere den motivierten Mitarbeiter*innen und in einzelnen Bereichen den engagierten freiwilligen Helfer*innen zu verdanken ist. Für Jobcenter und Sozialverwaltung erhoffen wir uns eine stabile Mittelzuweisung. Das derzeitige System, das erfolgreiche Arbeit mit Mittelkürzung bestraft, gilt es gemeinsam zu kritisieren. Wir wünschen uns zudem eine weiter optimierte Vernetzung der Wohlfahrtsverbände, um deren Arbeit noch effizienter zu gestalten. Hier hat der Landkreis noch Potenzial, die ineinandergreifende Verknüpfung von Angeboten zu unterstützen.

Auch wenn im Moment die Zahlen der bei uns ankommenden Flüchtlinge rückläufig sind, fordern wir den Landkreis auf, ausreichend Vorsorge für die Nach-Corona-Zeit zu treffen. Angesichts der extrem instabilen Lage in vielen Herkunftsländern ist nach der Pandemie wieder mit einem Anstieg der Zahlen zu rechnen. Die notwendige Gewährleistung ausreichender Vorsorge ist auch ein Punkt, der uns im Bereich Jugendhilfe umtreibt. Bedingt durch die lange Zeit der Pandemie und des damit zusammenhängenden Lockdowns erwarten Experten eine erhebliche Zunahme von psychischen Störungen bei Kindern und Jugendlichen. Für das Jugendamt ist es momentan schwierig, auf Familien mit neu entstandenen oder schwelenden Problemen aufmerksam zu werden, da die sozialen Netze wie KITA, Schulen und Jugendbegegnungsstätten derzeit als Frühwarnsystem nicht funktionieren. Wir hoffen als Fraktion, dass die Resilienz der Familien größer ist als der Frust über verlorene Zeit oder verlorene Chancen. Sollte sich nach Ende des Lockdowns jedoch herausstellen, dass mehr Bedarf entstanden ist, müssen die Angebote, Hilfen, etc. ausgebaut und finanziert werden. Dadurch könnten die hierfür eingestellten Haushaltsmittel nicht ausreichen.

Im Bereich unserer Schulen hat Corona die Defizite bei der Digitalisierung schonungslos offengelegt. Der Landkreis bemüht sich derzeit mit hohem Mitteleinsatz, diese angestauten Probleme abzarbeiten. Mittelfristig ist zum Schutz der Lehrer*innen und der eingesetzten Mittel allerdings darauf zu achten, dass diese Investitionen auch durch ausreichend Support qualitativ abgesichert werden. Die Schulen brauchen Systembetreuer, die Technik und Netzwerke pflegen, dies kann nicht auch noch von den ohnehin stark belasteten Lehrkräften übernommen werden. Diese tragen Verantwortung für die didaktische, pädagogische und inhaltliche Nutzung digitaler Möglichkeiten, nicht für deren technische Funktion.

Nach den o.g. Punkten zum Haushaltsentwurf 2021 sehe ich jetzt schon die Kolleg*innen aus dem konservativen Lager, die uns Grünen eine unsolide Finanzpolitik vorwerfen werden. Diese erinnere ich gerne daran, dass es nicht wir waren, die in der konstituierenden Sitzung dieses Kreistags ohne Not das teure und völlig überflüssige Amt eines dritten Stellvertreters durchgesetzt haben. Ein politisches Signal der Verschwendung, das immer noch nachhallt.

Zusammenfassend bleibe ich in Absprache mit meiner Fraktion bei der Bewertung, dass dieser Haushalt mit seinem Umfang von über 237 Millionen Euro zwar keinen Problemhaushalt darstellt, den Herausforderungen der Zukunft jedoch nicht gerecht wird. Insbesondere hinsichtlich Klima- und Artenschutz, Energie- und Verkehrswende sowie eines nachhaltigkeitsorientierten Strukturwandels packt dieser Etat nicht in ausreichendem Maße an.

Wir leben in Zeiten enormer Herausforderungen, wir leben damit in einer Ausnahmesituation und wir müssen etwas dafür tun, dass wir in dieser besonderen Situation auch besonders handeln. Genau dies drückt dieser Haushalt nicht aus.

Dr. Herbert Sirois
Fraktionssprecher
Bündnis 90/Die Grünen